

An den Presse-VerteilerFraktionsvorsitzender:
Christoph BratmannÖffentlichkeitsarbeit:
Robin KoppelmannFon: 0531 – 470 21 11
Fax: 0531 – 470 29 74Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

PRESSEMITTEILUNG (25/2019)

Erscheinungsdatum: 26. Juni 2019

Angekündigte Reform der Hebammenausbildung: SPD-Ratsfraktion kämpft um den Erhalt des Standorts Braunschweig

Mit einem Dringlichkeitsantrag zur Ratssitzung am Dienstag, 25. Juni hat die SPD-Ratsfraktion die im Zuge einer neuen EU-Richtlinie angekündigte Reform der Hebammenausbildung zum Thema gemacht. „Die EU will, die bisherige Ausbildungspraxis in einen akademischen Studiengang umwandeln. Für die Hebammenschule in Braunschweig würde dieses das Aus bedeuten“, warnt Annette Schütze, SPD-Ratsfrau und Vorsitzende des Sozialausschusses. „Die Aufwertung des Hebammenberufs ist zwar ein richtiger und wichtiger Schritt. Der Verlust des Ausbildungsstandortes Braunschweig muss jedoch um jeden Preis verhindert werden.“

Schütze erklärt: „Die Versorgungslage in der Geburtshilfe ist ohnehin bereits angespannt – ohne Ausbildungsmöglichkeiten in der Region droht sie unhaltbar zu werden.“ Mit der TU Braunschweig, der Ostfalia und dem Klinikum Braunschweig verfüge unsere Region jedoch über ein akademisches Bildungsnetzwerk, das eine hochwertige Ausbildung für künftige Hebammen sicherstellen könnte. Angesichts der Dringlichkeit des Themas und des engen Zeitfensters für die Bewerbung um einen der vier vorgesehenen Ausbildungsstandorte fordert Schütze daher eine Initiative der Stadt Braunschweig: „Politik und Hochschulen müssen eng zusammenarbeiten, um eine Lösung zu finden, die die Ausbildung in der Geburtshilfe für die Region sicherstellt.“ Zudem könne Braunschweig so auch weiter an überregionaler Attraktivität gewinnen, da ein möglicher Hebammenstudiengang auch Studierende aus anderen Städten in die Region ziehen könnte.